

Tapferkeit, das war neulich das Thema der Diskussion im Podcast der Bundeswehr, welcher den Namen *Funkkreis* trägt. Gesprächspartner war Oberstabsfeldwebel Jan Hecht, er ist Träger des Ehrenkreuzes für Tapferkeit. „Tapferkeit ist für mich das Durchhalten von schwierigen und gefährlichen Situationen“, sagt Hecht. Und: „Auch der Ängstliche kann tapfer sein, wenn er sich nur der Lage stellt.“ Es wird viel über Angst gesprochen in diesem Podcast. Sie wird nicht verdrängt, wie man das früher getan hätte. Der Tapfere lässt sie zu und hält das, was andere „tapfer“ finden, für normal. Der Heroismus verzieht sich so aus dem militärischen Sprechen. Es wird alltäglicher, aber auch technischer, was ein allgemeines Phänomen der Sprache ist und etwa auch im Sport, der ein ganz guter Gradmesser für sprachliche Entwicklungen ist, beobachtet werden kann. Im Fußballjargon heißt das gegenwärtige Modewort „Problemlösung“.

Was aus der Sprache des Krieges verschwindet, ist also die Drastik. Helmut Schmidt hatte den Zweiten Weltkrieg bekanntlich als „Scheißkrieg“ bezeichnet, was besonders markant war, denn nicht nur war er vom Soldatischen fasziniert, waren Pflichterfüllung und Disziplin für ihn prägend, er neigte sonst beim Sprechen zu hanseatischer Zurückhaltung.

Man kann den Verlust an Drastik am Begriff des Schlachtfelds ablesen. Noch spricht man bei den aktuellen Kriegen von einem Schlachtfeld. Interessanterweise kaum, wenn vom Gaza-Krieg die Rede ist; das Grauen soll hier mit dem fragwürdigen Begriff „Genozid“ gefasst werden. Öfter schon findet man ihn zum Ukraine-Krieg, was Sinn macht, denn weitgehend zum Stellungskrieg und zur „Materialschlacht“ (Olaf Scholz) geworden, erinnert er zu stark an den Ersten Weltkrieg, als dass die dort geborene Sprache vollends verschwinden könnte. Wenn hier vom „Schlachtfeld“ gesprochen wird, mag das Grauen im Hinterkopf also noch mitschwingen, öfter aber ist der Gegenbegriff zur Diplomatie gemeint. Ein beliebiges Beispiel, aber nicht zufällig aus dem Deutschlandfunk: „Nicht auf dem Schlachtfeld, sondern am Verhandlungstisch soll der Krieg in der Ukraine enden – diese Forderung ist weit verbreitet.“ Hier soll man nicht an die Hölle von Verdun denken, sondern an die Naivität der diplomatischen Option.

Unheroische Sprache des Krieges

Nicht erst seit dem letzten NATO-Gipfel wird klar, dass sich der Westen und Russland in einer Rüstungsspirale befinden, die sich umso schneller dreht, als die Aufrüstung der einen Seite ja als Reaktion auf die der anderen verstanden wird. Olaf Scholz: „Wir wissen, dass es eine ungläubliche Aufrüstung in Russland gegeben hat, mit Waffen, die europäisches Territorium bedrohen.“ In diesem Szenario werden die Anschaffungen der Bundeswehr in den Leitmedien oft als alternativlos behandelt und wie ein normaler wirtschaftlicher Vorgang beschrieben, der allerdings auf ein Publikum stößt, das mit den Sachen wenig vertraut ist. Insbesondere der *Spiegel* tut sich mit detaillierten Berichten über Haubitzen oder Panzer hervor. Ich zitiere aus einer großen *Spiegel*-Reportage über den deutsch-französischen Rüstungskonzern KNDS, der den Leopard 2 herstellt:

„Hey, wie läuft’s?, fragt Florian Hohenwarter in den Panzer hinein. Der 47-jährige ‚Geschäftsführer Operations‘ ist auf die ‚Wanne‘ eines Leopard 2 geklettert und blickt in eine hell ausgeleuchtete, kreisrunde, etwa zwei Meter große Öffnung, auf die später einmal der Turm samt Kanone aufgesetzt werden wird. Unten kniet ein Mechaniker und hantiert mit einem wuchtigen Schraubenschlüssel, Größe 41, an der Hydraulik, eine Präzisionsarbeit.“

Und weiter: „Ein Leopard 2 nimmt im Gelände gern um die 700 Liter auf 100 Kilometer. Das macht ihn immer noch zum ‚Sparfuchs‘ im Vergleich zur Turbine des etwa gleich schweren United-States-Panzers M1 Abrams, die auf dieser Strecke locker das Doppelte durchzieht. Ein Schützenpanzer Puma begnügt sich dagegen mit rund 500 Liter auf 100 Kilometer. Geht das vielleicht auch umweltfreundlicher? Ein komplett grüner Antrieb für Kampfpanzer ist absehbar nicht realistisch.“

Okay, das zweite Zitat stammt nicht aus dem *Spiegel*. Es ist aus der Zeitschrift *Y*, dem Magazin der Bundeswehr. Wünschenswert wäre eine ökologische Armee – im Unterschied zum *Spiegel* hat man in diesem Organ der Bundeswehr sogar eine kritische Perspektive mit eingenommen. *Michael Angele*

Wissenschaft ohne Zivilklausel

Ich hab geträumt: Die Zeitenwende verändert vieles – ein 100-Milliarden-Euro-Paket für Forschung und Entwicklung für den Frieden wurde verkündet, um in Zukunft aufkommende Konflikte frühzeitig erkennen und friedlich lösen zu können. Waffenexporte in Krisengebiete wurden vollständig eingestellt, die gesamte Gesellschaft wurde auf Friedensfähigkeit eingeschworen, das Verteidigungsministerium zum Ministerium für zivile Verteidigung umfunktioniert, die Bundesrepublik trat sofort dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag bei, und es wurden alle Abrüstungsverhandlungen wiederaufgenommen. Die gesamte Wissenschaft und Forschung wurde auf zivile Projekte verpflichtet, jede Hochschule, Universität und Forschungseinrichtung musste eine Zivilklausel in der Satzung verankern, und Dual-Use-Forschung war nur zulässig, wenn sie zu mindestens 80 Prozent zivilen Charakter hatte. Alle Kriege, unabhängig davon, wo sie stattfanden und wer beteiligt ist, wurden aufs Schärfste verurteilt, und die Regierung hat sich aktiv in Vermittlungsbemühungen eingeschaltet und wurde aufgrund ihrer historischen Verantwortung von allen Ländern respektiert.

Wir alle waren erstaunt, dass all das so schnell und unkompliziert möglich war. Wir sind wirklich in einer anderen Welt aufgewacht.

Der Traum ist aus! Die Zeitenwende, von Olaf Scholz im Frühjahr 2022 verkündet, war das genaue Gegenteil dieses Traums: 100 Milliarden Euro für Rüstung, die Gesellschaft wird auf Kriegsfähigkeit eingeschworen, und nach Meinung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), festgehalten in einem Positionspapier vom März 2024, sollen Zivilklauseln (wo vorhanden) der Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen auf Zeitgemäßheit geprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Die Expertenkommission „Forschung und Innovation“ schlägt in ihrem Jahresgutachten 2024 vor, die bisherige Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung aufzulösen, und führt als positives Beispiel die Militäreinheit 8200 in Israel an, die sich mit KI-Gesichtserkennung zuletzt im Gaza-Krieg einen Namen gemacht hat. Die EU-Kommission schlägt in einem White Paper vom Januar 2024 vor, Forschung mit ziviler und militärischer Zielrichtung (Dual-Use-Forschung) besonders zu fördern. Zumindest die deutsche Hochschulrektorenkonferenz sieht dies in ihrer Stellungnahme sehr kritisch.

An mehr als 70 Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen gibt es explizite Zivilklauseln. Diese Zivilklauseln sind eine freiwillige Verpflichtung zu nichtmilitärischer, friedlicher For-

schung von Instituten und Universitäten und gehen zurück auf eine Erklärung des Science Council of Japan von 1950, „sich niemals in der wissenschaftlichen Forschung für Kriegszwecke zu engagieren“.

Am internationalen Großforschungszentrum CERN in Genf, wo 2012 das Higgs-Teilchen entdeckt wurde, gibt es in der Satzung ein klares Bekenntnis zu ziviler Forschung – diese dürfe „sich nicht mit Arbeiten für militärische Zwecke befassen“. Beim Deutschen Elektronen-Synchrotron (DESY), der kleineren CERN-Schwester in Deutschland, steht im Leitbild: Die Forschung dient ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken. Umso schockierter waren die Mitarbeiter von DESY, als sie bei einer Belegschaftsversammlung im Juni 2024 erfuhren, man überlege, ob dieses Leitbild noch zeitgemäß sei oder an die veränderten politischen Anforderungen angepasst werden müsse, damit militärische Forschung zugelassen werden darf. Die bayerische Staatsregierung möchte Zivilklauseln in Universitätsatzungen sogar verbieten und erhält dafür Unterstützung von der Bayerischen Universitätenkonferenz.

Gleich nach Beginn des Krieges gegen die Ukraine wurden sämtliche wissenschaftlichen Kooperationen mit Russland auf Eis gelegt. Auch am CERN in Genf wurden Kooperationen, die schon 1955 begonnen

Schleichende Aufrüstung

Zeitenwende Was Olaf Scholz drei Tage nach dem russischen Angriff auf die Ukraine verkündete, taucht mittlerweile als Zustandsbeschreibung auf, die noch nicht Vorkrieg heißen will, aber durchaus so verstanden werden kann. Was bleibt in ihr ungesagt – abgesehen vom wachsenden Verteidigungshaushalt?

M

änner, denen ihr eigenes Leben etwas wert ist, sind aktuell nicht gern gesehen, weder hier noch im Osten Europas. Mit deutlich moralischem Impetus wettet daher der Innenminister Brandenburgs gegen die „fahnenflüchtige(n) Ukrainer“, die es tunlichst nicht mehr durch die Bürgergeld-„zu alimentieren“ gelte. Wie die mittelalterliche Burg, so gilt es nun die Konstruktion eines Staates zu verteidigen. Und zwar um jeden Preis. Im Denken des CDU-Politikers Michael Stübgen wiegt territoriale Integrität weitaus mehr als Freiheit und Unversehrtheit des Einzelnen. Gemeint sind nämlich „Wehrfähige“. Männer, die die ukrainische Regierung dringend braucht, um die Stellung an der über 1.000 Kilometer langen Front zu halten. Männer, allein 250.000 hierzulande, die seit Kurzem keinen neuen Reisepass mehr aus Kiev erhalten, um sie – Woldemyr Selenskysjs Ansinnen nach – zur Rückreise und zum Fronteinsatz anzuhalten. Jene Dringlichkeit mag in der akuten Lage des Angegriffenen einigen noch nachvollziehbar erscheinen, auch wenn sie de facto die individuellen Rechte auf Freiheit, Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit empfindlich beschneidet.

In Deutschland, wo manch einer bräsig auf dem gemütlichen Sofa über fabuliert, sieht die objektive Lage indessen anders aus. Wir sind nicht Kriegsparteien und sollen uns trotzdem für den Fall der Fälle „rüsten“, wozu auch alte Konzepte wie die Wehrpflicht aus der Schublade gezogen werden. Dass viele in ersten Umfragen dafür sind (solange sie selbst nicht gemeint sind – also vor allem nicht mehr ganz so junge Menschen und grau melierte Parlamentarier), überrascht kaum. Ein genauere Blick in das Konzept des Verteidigungsministers verspricht hingegen gerade für die jüngere Bevölkerung nichts Gutes. Zuerst werden nämlich die gerade Volljährigen adressiert und dann wiederum im Speziellen die Männer unter ihnen. Im Gegensatz zu den Frauen sollen sie den geplanten Fragebogen zur Wehrpflicht obligatorisch ausfüllen.

Statt mit dem Panzer durch die Tür will man also zunächst ein softes Vorgehen signalisieren. Dabei verschleiert diese Perwoll-Taktik nur, was sich ebenso in der Strategie der Ukraine offenbart: Männer sind Kanonenfutter, so lautet die mal implizite, mal explizite Botschaft. Kritik an dieser geschlechtspolitischen Diskriminierung nimmt man derweil kaum. Wo sind die feministischen Stimmen, die in den vergangenen Jahrzehnten zu Recht für Gerechtigkeit zwischen Mann und Frau eintraten? Wo sind die Anwält:innen des Grundgesetzes, die den Gleichheitsgrundsatz als bedroht erachten?

Sehen wir einmal von der ganzen Pragmatik ab, auch von der kontroversen Diskussion, ob wir eine derartige Militarisierung unseres Landes überhaupt gutheißen wollen oder nicht, ob wir mehr oder weniger Waffen in den Osten liefern wollen. Es bleibt dann das krude Momentum eines sozialen und politischen Rollbacks in vergangene Epochen –

als Männer noch die harten Kerle mit Colt und dicken Eiern waren und im Angesicht des Feindes die Ehre ihrer Heimat verteidigten, musstraten, während Frauen die häusliche Sphäre hegten und pflegten. Kind und Kegel getrennt von der Hand an der Waffe. Wollten wir nicht ursprünglich unsere Werte gegen Wladimir Putin verteidigen? Gehörte dazu nicht als Ergebnis zahlreicher und zäher Kämpfe die vollständige Egalität? Werden die Pläne von Boris Pistorius und Selenskij in dieser Form weiterverfolgt, so ist es dem russischen Aggressor tatsächlich gelungen, uns in die Vormoderne zurückzukatapultieren.

Die Vernunft sollte uns daher lehren, selbst in dieser angespannten Situation besonnen und abwägend zu handeln, mithin Konzepte auszuarbeiten, die im Einklang mit unseren eigenen Idealen stehen. Zudem gebietet es die Fairness unter den Generationen, die Jüngeren selbst an den Tisch zu holen. Denn sie sollen nach einer denkbaren Musterung im Fall der Fälle ihren Kopf hinhalten, *by the way* für ein Volk, das außer Fußball aktuell nur wenig eint. Wenn die Regierung dazu bereit wäre, die Wehrpflicht demokratisch nachhaltig zu rechartern, wäre zum Beispiel ein Bürgerrat, vornehmlich bestehend aus Heranwachsenden, eine sinnvolle Einrichtung – vorausgesetzt, man nähme dessen Votum ernst und würde dessen Empfehlungen anschließend auf die Verfassungskonformität hin prüfen. Diese Zeit müssen wir uns nehmen. Denn wir sind es den Jungen, im doppelten Wortsinne, schuldig. *Björn Hayer*

Wehrpflicht in Schafswolle

Die Stählung der Körper

Der erste und, soweit ich mich erinnere, einzige Parka meines Lebens stammte nicht aus einem Military-Store der US-Besatzer. Heidelberg, die nächstgelegene Bezugsquelle, war für eine 15-Jährige zu weit weg. Aber ich erinnere mich gut an das olivgrüne, strapazierfähige, wegen diverser Besetzungstätigkeiten meist dreckige Kleidungsstück, das in Ermangelung des Originals seinen Dienst tat. Wie sehr die damalige Linke ihren (uni-)formierten Körper öffentlich zur Schau stellte, wurde mir erst später klar – der Parka galt lang als antibürgerliches Symbol. Noch dialektisch geschult, schien das Paradoxe des vestimentären Codes erst später am Horizont der Modetheorie auf. Manche wähten sich schon damals im Krieg. Die kriegerische Aufrüstung war aber auch ein lustvolles Spiel, ob in farb-

gedeckter oder alternativ-bunter Kostümierung. Dass in Parka, Alpaka-Wolle oder wie die späteren Outfits daher kamen, ein Körper steckte, der bereit war zur Disziplinierung und mehr noch zur Selbstdisziplinierung, wussten die, die sich in Lesezirkeln oder akademischen Seminaren Michel Foucault reinzogen. Machtpolitik ist vor allem auch Körperpolitik, war da zu lernen, es ging um die strategische Aneignung und Regulierung des Einzel- und des Bevölkerungskörpers. Und je subjektiver sich das Selbst ergoss, desto gezielter seine gesellschaftlich-produktive oder auch zerstörerische Verwertung. Das therapeutisch angehauchte „Miteinander-Umgehen“ am WG-Tisch wanderte nun hartgespült als Soft Skills in den Managementsprech ein.

Die Disziplinierung und Normierung des Selbst ist ein Produkt des Kapitalismus, auch wenn vorangehende Gesellschaften schon davon wussten. In kasernenartigen Einrichtungen wurden die Zöglinge nicht nur auf den Krieg vorbereitet, sondern vor allem auf die (Lohn-)Arbeit, mit der Schule als Vorläufer. Ich habe noch in Anstalten gelernt, deren Architektur an diese Geschichte erinnert.

Doch ein relativ neues Phänomen ist die gezielte Arbeit am Körper, die das Fitness-Zeitalter hervorgebracht hat, mit der Arbeit Dritter oder der selbstkasteienden Arbeit am Selbst. Was einmal als Gesundheits- und Fitnessbewegung begann, um dem Wohlstandsbauch Paroli zu bieten, ist im Laufe der Jahrzehnte – und nicht zuletzt im Zuge neoliberaler „Entschlackung“ – zu einem Atteiler der Selbstperfektionierung geworden. Das ursprünglich an Männer adressierte Bodybuilding hat sich in ein geschlechtsübergreifendes, aber häufiger von Frauen betriebenes Bodyshaping verwandelt, das harte Arbeit bereithält, vom gezielten Training über die Ernährung bis hin zu nicht-invasiven mechanischen Verfahren zum Muskelaufbau und zur Fettreduzierung. Die Investments an Geld, Zeit und Energie sind enorm und haben weniger mit Lustgewinn als mit demonstrativer Leistungsbereitschaft zu tun. Es geht darum, sich selbst zu überwinden und dadurch ein besserer, heißt: menschlicher und verantwortungsvoller Mensch zu werden, der die Dinge im Griff hat und dies ausstrahlt, wie der Historiker Jürgen Martschukat erklärt, nach dem Motto „Schlanke Unternehmen, schlanker Staat, schlanker Körper“.

Flankiert wird diese Stählung des Körpers von mentaler Aufrüstung, die in Krisenzeiten besonders wichtig wird. Es genügt ja nicht, sich in guter körperlicher Verfassung in den Kampf der Fittesten zu werfen, es bedarf einer Widerstandsfähigkeit, die einen das aushalten lässt. Die vom Verteidigungsminister geforderte „Kriegstüchtigkeit“ haben wir als Zivilisten also bereits eingeübt, in einer allumfassenden Konkurrenzgesellschaft. Auch wenn es bei den Verteidigungsjahrgängen noch fehlt an innerer Bereitschaft für den Krieg.

So ist die militärische Stählung des Körpers von der zivilen abgelöst worden, auch wenn ein Guttteil der jungen Menschen für die Bundeswehr nicht taugt. Das ist zwar kein gutes Gesundheitszeugnis, bewahrt die Jugend aber vor Mobilisierung. Ein schwacher Trost. *Ulrike Baureithel*

Die Verachtung der Diplomatie

Hierzulande hat Diplomatie keinen guten Leumund (mehr). Sie wird mit Appeasement – also Beschwichtigung, die einen Aggressor belohnt und zu weiteren Aggressionen ermutigt – gleichgesetzt und damit diffamiert und verunmöglicht. Zugleich setzen viele neuerdings unreflektiert und in erschreckender Eindimensionalität und Schlichtheit allein auf die Militärkarte. Diplomatische Mittel werden hingegen weitgehend aus dem Handlungskanon hinausverdrängt. Wie konnte es so weit kommen?

Krieg ist nicht nur das ultimative Versagen von Politik, Krieg ist auch eine Quelle für Radikalisierung auf allen Ebenen. Selbst wenn der Einsatz militärischer Gewalt zu einem klaren politischen Zweck im Einzelfall ebenso verantwortbar sein kann, wie das Recht auf Selbstverteidigung grundsätzlich legitim ist (der „Scheißkrieg“ (Helmut Schmidt) ist nie „Vater aller Dinge“ (so der vorsokratische Philosoph Heraklit), sondern Pate aller Schlechten.

Wohin das führen kann, war auch vor gut 100 Jahren sichtbar. Nicht nur der deutsche Generalstab, auch die bürgerliche Mitte und die Intellektuellen vertrauten 1914 auf militärische Lösungen und missachteten Diplomatie. Max Liebermann, Gerhart Hauptmann, Max Planck und später auch Thomas Mann bejahten die Kriegspolitik – mit wenigstens teilweise besten Intentionen. Im September 1914 hatten rund 100 deutsche Intellektuelle einen „Aufruf an die Kulturwelt“ unterzeichnet, in dem die Einheit von Kultur und Militär postuliert wurde. Allein Hermann Hesse wies diese Kriegsrhetorik scharf zurück. In einem fulminanten Essay in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom November 1914 mit dem Titel „O Freunde, nicht diese Töne!“ argumentierte er, dass nicht der Krieg, sondern dessen Überwindung „nach wie vor unser edelstes Ziel“ sein müsse. Dafür gelte es, „Wege zu suchen, aber nicht mit dreinzuhauen (mit der Feder!) und die Fundamente für die Zukunft Europas noch mehr zu erschüttern“. „Kaliber-Experten“, die „mit Aufgelassenheit“ und „wachsendem Ehrgeiz immer neue Waffenlieferungen fordern“, nannte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier diese Spezielle mit Blick auf den Ukraine-Krieg. Bezeichnend, dass er angesichts einer Empörungswelle später erklären ließ, er selbst habe sich über seine Formulierung geärgert.

Die „akademische Kriegsbegeisterung“ (so der Historiker Wolfgang Kruse) ist genauso problematisch wie das Verfallen von einem gesinnungsethischen Extrem ins andere. Interessanterweise sind es auch heute vornehmlich

bildungsbürgerliche Schichten, die den Krieg moralisieren, ideologisieren und teilweise eine agitatorische Tendenz an den Tag legen. Dieser – oft wieder mit besten Intentionen – moralisierende Blick verunmöglicht aber jene politischen Lösungen, die es eines Tages wird geben müssen – und die ebene Diplomatie vorbereiten und schmieden muss. Das wusste schon der Kriegstheoretiker Carl von Clausewitz in seinem Buch *Vom Kriege* aus dem Jahr 1832: „Hiernach kann Krieg niemals von dem politischen Verkehr getrennt werden, und wenn dies in der Betrachtung irgendwo geschieht, werden gewissermaßen alle Fäden des Verhältnisses zerrissen, und es entsteht ein sinn- und zweckloses Ding.“

Die Zeit für Verhandlungen wird im Krieg gegen die Ukraine eines Tages ohnehin kommen, und die Frage lautet: Wann beginnen realistische diplomatische Initiativen, um das definierte Ziel zu erreichen? Die diplomatische Grundphilosophie könnte lauten. Solidarisch mit der Ukraine sein, aber zugleich russische Sicherheitsinteressen berücksichtigen und nicht auf einen unerreichbaren Sieg gegen Russland, sondern auf einen klugen Interessenausgleich setzen. Tabu sollte sein, die Existenz der Ukraine als souveräner Staat infrage zu stellen. Verhandeln müsste man über dreierlei: erstens einen neutralen Status der Ukraine, der für Russland erträglich ist und zugleich Sicherheitsgarantien für die Ukraine enthält. Zweitens wird es territoriale Veränderungen in der Ukraine geben, die nicht völkerrechtlich anerkannt werden, aber doch als *Modus Vivendi* akzeptiert werden müssen. Drittens sollten Sanktionen als Gestaltungselement betrachtet werden, die bei Verhaltensänderung auch aufhebar sein müssen.

Der heutige Bundespräsident Steinmeier diagnostizierte als Außenminister im September 2014 im Interview mit dem *Vorwärts* noch zu Recht, es gebe viele, „die das Werk der Zuspitzung perfekt beherrschen, und nur wenige, die sich tatsächlich um Entschärfung bemühen“. Es brauche in der Außenpolitik aber das vorsichtig tastende Agieren der Diplomatie gerade dann, wenn Lösungen nicht auf der Hand liegen. Sonst werde Außenpolitik ihrer Möglichkeiten beraubt. Eines der Missverständnisse der Debatte ist, zu glauben, dass Bekenntnisse schon Diplomatie bedeuten. Miteinander zu telefonieren ist genauso wenig Diplomatie wie das Bestehen auf Maximalpositionen als Voraussetzung für Verhandlungen. Unvereinbare Positionen zu einer gemeinsamen Position zu schmieden: Das ist Aufgabe der Diplomatie! Wir sollten es wieder als vornehme begreifen. *Johannes Varwick*